

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 10.04.2008 um 18.15 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm
Stadtrat Lux
Stadtrat Rank
Stadtrat Schardt
Stadträtin Schwab
Stadträtin Stocker
Stadtrat Straßberger (ohne Ziffer 7)

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Arayici
Stadtrat Heisel
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Jeschke
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadtrat Mahlmeister
Stadträtin Sagol

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat E. Müller
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May (ohne Ziffer 9)
Stadtrat Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

„parteilos“

2. Bürgermeisterin Gold

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Rechtsrätin Schmöger
Oberamtsrat Hartner
Amtsrat Teichmann
Stadtplaner Neumann (bis Ziffer 2)
Frau Richter, Tourist-Info (Ziffer 3)
Assessorin Ingrisch (bis Ziffer 2)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Weiglein
 Stadträtin Dr. Endres-Paul
 Stadträtin Wachter

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Abwägungsbeschluss:

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Logistikzentrum Netto“

Hier: • Ergebnisse der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB
 sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TöB) gem. § 4 Abs. 2
BauGB in der Zeit vom 28.01.08-.29.02.08

• Satzungsbeschluss

A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß geht nach der Vorstellung durch das Büro Rembold in der Sitzung des Finanzausschusses nochmals kurz auf die wesentlichen Anregungen und deren Abwägung ein. Hinsichtlich der Frage zur Linksabbiegespur verweist er auf die erneute Stellungnahme des Straßenbauamtes, dass diese anhand der Berechnungen ausreichend sei. Bezüglich der Frage hinsichtlich des Kreisverkehrs erklärt er, dass das Straßenbauamt dies an dieser Stelle ablehne und der Verkehr mittels der Ampelanlage fließe. Darüber hinaus sei im Durchführungsvertrag festgelegt, dass Netto als Maßnahmeträger die Kosten für die Ampelanlage übernehme. Hinsichtlich des Marktes verweist er auf eine Stellungnahme, dass dieser keine negativen Auswirkungen auf die Innenstadt habe.

Stadtrat Schardt als Stadtentwicklungsreferent gibt seine volle Zustimmung, nachdem nun die abgefragten Punkte geklärt werden konnten.

Stadtrat Müller als Gewerbe- und Industriereferent spricht sich für die Vorlage aus, nachdem nun alle Anfragen geklärt werden konnten.

B. **Mit 24 : 4 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag mit Anlagen und dem mündlichen Vortrag des Büros Rembold wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis zu den während der Auslegung sowie der Beteiligung der TöB in der Zeit vom 28.01.-29.02.08 eingegangenen Bedenken und Anregungen gem. Anlage 1 (Fassung vom 20.03.08) Stellung zu nehmen.
3. Die Stadt Kitzingen erlässt folgende Satzung für die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Logistikzentrum Netto“ mit integriertem Grünordnungsplan (GOP).

Bebauungsplan-Satzung

§ 1

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Logistikzentrum Netto“ mit integriertem Grünordnungsplan (GOP) wird aufgestellt. Der Geltungsbereich liegt innerhalb der durch einen schwarz gestrichelten Linienzug umgrenzten Flächen, die im Planblatt vom 12.11.2007 i.d.F. v. 14.01.2008 ausgewiesen sind.

§ 2

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan mit integr. GOP besteht aus dem Planblatt vom 12.11.2007 i.d.F. v. 14.01.2008 mit den darauf enthaltenen Festsetzungen, sowie der Begründung mit Umweltbericht, artenschutzrechtlicher Prüfung und FFH/SPA-Verträglichkeitsabschätzung vom 12.11.2007 i.d.F. v. 14.01.2008.

§ 3

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Logistikzentrum Netto“ mit integriertem GOP“ wird mit der Bekanntmachung nach § 12 BauGB rechtsverbindlich.

4. Die Verwaltung wird ermächtigt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Logistikzentrum Netto“ mit integriertem Grünordnungsplan (GOP) bekannt zu machen.

2. Stellungnahme der Stadt Kitzingen zum Antrag der Fa. Abowind AG auf Errichtung und Betrieb von drei Windkraftanlagen von je 150 m Höhe westlich Repperndorf

- A. Herr Neumann, Sachgebietsleiter Stadtplanung geht ausführlich auf den Antrag der Fa. Abowind ein und stellt dar, dass hierfür die Stadt Kitzingen ihr gemeindliches Einvernehmen erteilen müsse. Dies erfolge jedoch mit bestimmten Bedingungen, Auflagen und Hinweisen, worauf er im Folgenden jeweils eingeht. Seiner Auffassung nach könne das gemeindliche Einvernehmen erteilt werden und bittet um Zustimmung.
Stadtrat Schardt als Stadtentwicklungsreferent stellt dar, dass er aufgrund seiner grundsätzlich ablehnenden Haltung gegenüber Windkraftanlage auch gegen diesen Beschlussentwurf stimmen werde.
Stadtrat Haag als stellv. Umweltreferent spricht sich für das Vorhaben aus und bittet das gemeindliche Einvernehmen entsprechend zu erteilen.

B. Mit 22 : 6 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat der Stadt Kitzingen erteilt sein gemeindliches Einvernehmen zum Antrag der Fa. Abowind AG auf Errichtung und Betrieb von drei Windkraftanlagen von je 150 m Höhe innerhalb der im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Sonderfläche Windenergie westlich Repperndorf.
3. Das gemeindliche Einvernehmen ergeht mit den in der Anlage benannten Bedingungen, Auflagen und Hinweisen. Die Anlage ist Teil der Stellungnahme der Stadt Kitzingen zum Antrag der Fa. Abowind AG.

3. Tätigkeitsbericht von Frau Marion Richter, Tourist-Information Kitzingen SG 135

- A. Frau Richter, Tourismusfachkraft der Stadt Kitzingen geht ausführlich auf ihre Tätigkeiten in der Tourisminformation ein und stellt diese wie folgt dar:

- Internetseiten der Stadt Kitzingen ausbauen bzw. verbessern
- Touristische Angebote ausbauen bzw. schaffen
- Touristisches Marketing
- Gartenschau „Natur in Kitzingen 2011“ touristisch mitbetreuen

Im Folgenden geht sie auf die Projekte ein, die sie begonnen hat, bzw. die sie bereits abschließen konnte. Darüber hinaus habe sie weitere Ideen, um den Tourismus in Kitzingen voranzutreiben. Sie erklärt, dass man halbjährliche Treffen mit den Gastgebern

veranstalten werde, um diese ebenfalls zu informieren und bei der touristischen Umgestaltung mit ein zubinden.

Ziel sei es, eine Plattform im Internet einzustellen, in der die Gäste die belegten und freien Zimmer ansehen können, bis hin zur evtl. Online-Buchung der freien Betten.

Darüber hinaus sei man sehr bestrebt die Möglichkeiten des VGN zu nutzen und auch die Touristik darauf abzustimmen.

Stadtrat Lux als Fremdenverkehrsreferent ist der Auffassung, dass Frau Richter ihre Arbeit gut mache, jedoch noch sehr viel getan werden müsste, um den Tourismus in Kitzingen zu steigern. Die Stadt sei aber auf einen guten Weg. Er weist darauf hin, dass er sich auch nach seiner Stadtratstätigkeit bei Bedarf ehrenamtlich in der Tourist-Info einbinden werde.

B. Ohne Abstimmung

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

4. Budgetabrechnung 2006 für die städt. Sportanlagen

Ohne Abstimmung

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

Der Überschuss in Höhe von 20.522,86 wird auf das Haushaltsjahr 2007 übertragen.

5. 14. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kitzingen

Mit 27 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es wird folgende 14. Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kitzingen beschlossen:

14. Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung der Entwässerungssatzung der Stadt Kitzingen

Aufgrund der Art. 5, 8 und 9 des Kommunalen Abgabengesetzes erlässt die Große Kreisstadt Kitzingen folgende

Satzung

§ 1

Die Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung vom 22.07.1991 in der Fassung der 13. Änderungssatzung vom 29.03.2007 wird wie folgt geändert:

§ 10 Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:

„Im Falle des Absatzes 2 Satz 6 bis 9 ist der Abzug insoweit begrenzt, als der Wasserverbrauch 50 m³ pro Grundstück pro Jahr unterschreiten würde.“

§ 2

Diese Satzung tritt zum 01.04.2008 in Kraft.

6. "Grüne Gentechnik":

hier: Antrag der ödp / Ausschussgemeinschaft Schmidt - Gold vom 16.02.2008

A. Oberbürgermeister Moser fragt nach, ob der Beschluss des Finanzausschlusses zum Stadtratsbeschluss erhoben werden könne.

Stadtrat Mahlmeister bittet um Beachtung, dass in den abzuschließenden Pachtverträgen eine Passage aufgenommen werde, dass auf den städtischen Flächen der Anbau von genmanipulierten Produkten nicht erlaubt sei. Bei den bestehenden Verträgen sollte man versuchen, dass dies aufgenommen werden könne. Aufgrund der Vertragsfreiheit müsste dies möglich sein.

Rechtsrätin Schmöger erklärt, dass diese Passage in den Pachtverträgen aufgrund einer Stellungnahme der Bayerischen Staatsregierung nicht aufgenommen werden dürfe. Darüber hinaus müsse die Stadt bei zivilrechtlichen Punkten, wie denen der Vertragsgestaltung, dennoch die Grundsätze des Handels als öffentliche Hand beachten.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass dies nicht im Beschluss enthalten sei und hierzu eine gesonderte Sitzungsvorlage erstellt werde.

Stadträtin Schwab geht im Folgenden ausführlich auf die Gentechnik in der Landwirtschaft ein und stellt dar, dass hiermit die Landwirte auch Vorteile hätten und es die gegenwärtige Rechtslage der Bundesregierung sei. Deshalb spricht sie sich gegen den Beschlussentwurf aus, auch weil ihrer Meinung nach durch derartige Beschlüsse die Landwirte, die die Gentechnik für ihren Anbau nutzen, despektierlich betrachtet werden.

Stadträtin Schmidt ist der Auffassung, dass man der Willensbekundung zustimmen sollte und hierbei nicht alleine die Wirtschaftlichkeit sehen dürfe.

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene weist darauf hin, dass er dem nicht zustimmen werde, nachdem die Gentechnik ein sehr vielschichtiges Thema sei, was differenziert betrachtet werden müsse und nicht pauschal dargestellt werden könne. Er gibt zu Bedenken, dass es zukünftig auch genmanipulierte Pflanzen und Tieren geben könnte, die für die Menschen nützlich sein könnten.

Stadtrat Müller ist der Auffassung, dass bei der Grünen Gentechnik nicht zwischen gut und böse unterschieden werden dürfe, nachdem das Verfahren bundesgesetzlich erlaubt sei. Es werde ständig unterschiedlich Meinungen geben, wonach sich auch das Abstimmungsverhalten richten sollte und bittet um Beschlussfassung. Weiter bittet er, dass von Defamierungen derer, die die Grüne Gentechnik nutzen, Abstand genommen werde.

B. Mit 17 : 11 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Dem Antrag der ödp / Ausschussgemeinschaft Schmidt – Gold vom 16.02.2008 wird zugestimmt.

7. D.-Paul-Eber-Hauptschule Kitzingen

Generalinstandsetzung

- Kostenmehrung

A. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht eingangs ausführlich auf die Finanzierung zum Umbau der D. Paul-Eber-Schule ein und stellt neben den Zuschüssen für die Ganztagsbetreuung die verschiedenen Möglichkeiten der Finanzierung eines energetischen Umbaus dar. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht im Folgenden auf die finanziellen Auswirkungen ein, welche Kosten die Stadt Kitzingen bei welcher Variante (Ampel, Lüftungsanlage) aufbringen müsse. Er stellt dar, dass die Ampel am günstigsten sei und erklärt, dass man bei deren Umsetzung ebenfalls die zinsgünstigen DENA-Kredite in Anspruch nehmen könnten. Abschließend weist er darauf hin, dass die Lüftungsanlage sich nicht amortisieren werde, was auch die Stellungnahme der Energieregion Nürnberg aussage.

Herr Geiger geht im Folgenden auf die verschiedenen Lüftungssysteme und deren Vor- und Nachteile ein und erklärt, dass bei den Lüftungssystemen neben den Kosten auch die Luftqualität beachtet werden müsse, die bei einer Belüftungampel nicht gegen sei, da hiermit lediglich auf das Lüften hingewiesen werde.

Stadtrat Rank erklärt, dass für ihn anhand der Aufstellung die Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung am sinnvollsten sei, da auf lange Sicht gesehen, die Kosten bei der Anlage nur gering höher seien, als bei der Ampel. Aus diesem Grund sollte man das Geld investieren.

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene pflichtet bei, dass die Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung am sinnvollsten sei und bezieht sich dabei vor allem auf die CO²-Einsparung, die bei dieser Variante am meisten gegeben wäre.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über die verschiedenen Varianten und kommen mehrheitlich überein, beim Umbau der D. Paul-Eber-Schule eine Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung einzubauen.

B. Mit 20 : 7 Stimmen

1. Der in der Sitzung vom 13.12.2007 gefasste Beschluss wird dahingehend geändert, dass eine dezentrale Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung in die Klassenräume eingebaut wird.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die für das Dena-Modellvorhaben „Niedrigenergiehaus im Bestand für Schulen“ erforderlichen Anträge von den beauftragten Architekten und Planern erarbeiten zu lassen und schnellstmöglich einzureichen.
3. Die zusätzlichen Mittel für eine Lüftungsanlage in Höhe von 301.400,00 € werden bei der Haushaltsstelle 1.2121.9451 bereitgestellt.

8. Kitzinger Bau GmbH - Neufassung des Gesellschaftsvertrages; hier: Beschlussfassung über die Beurkundung des Protokolls über eine Gesellschafter- versammlung

A. Mit 24 : 4 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, das als Anlage 1 der Sitzungsvorlage beigefügte „Protokoll über eine Gesellschafterversammlung“ nebst Anlage (neu gefasster Gesellschaftsvertrag) notariell beurkunden zu lassen und im notariellen Beurkundungstermin zu unterzeichnen.

B. Rechtsrätin Schmöger weist in diesem Zusammenhang aufgrund der Nachfrage im November 2007 bzgl. der Nichtöffentlichkeit darauf hin, dass der Aufsichtsrat in nichtöffentlichen Sitzungen zusammenkomme müsse. Dies ergebe sich aus dem § 109 AktG.

Dies ist dort zwar nicht wortwörtlich geregelt, jedoch ist der Rechtsgedanke des Paragraphen auf den Aufsichtsrat der BauGmbH analog anzuwenden.
Dies wird zur Kenntnis genommen.

9. Partnerschaftsangelegenheiten;

hier: Vertiefung der Beziehungen mit der polnischen Stadt Trzebnica/Trebnitz

Mit 27 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Stadt Trebnitz Kontakt aufzunehmen und ein Treffen von Vertretern aus beiden Städten vorzubereiten.
3. Die Einladung der Stadt Trebnitz zum Fest der Obstgärten wird angenommen.
4. Die Stadt Kitzingen lädt eine polnische Delegation zum Weinfest nach Kitzingen ein.

10. Partnerschaftsangelegenheiten;

hier: Antrag der SPD-Fraktion

Mit 28 : 0 Stimmen

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der türkischen Stadt Tasucu Kontakt aufzunehmen, mit dem Ziel einer engeren Zusammenarbeit und gegebenenfalls einer späteren Städtepartnerschaft.

11. Verabschiedung von Stadträtin Arayici

Oberbürgermeister Moser verabschiedet Frau Stadträtin Ayfer Arayici, nachdem sie für die Sitzung am 24.04.2008 entschuldigt ist.

Frau Arayici rückte am 12.09.2005 für Stadträtin Heisel in den Stadtrat nach. Sie war ordentliches Mitglied im Personalausschuss, Kulturausschuss sowie im Jugend- und Familienbeirat. Darüber hinaus setzt sie sich für die Integration ein.

Oberbürgermeister Moser bedankt sich bei Frau Arayici für ihre ehrenamtliche Stadtrats-tätigkeit.

12. Anfrage von Stadträtin Wallrapp

Transparente Felder Lärmschutz Panzerstraße

Stadträtin Wallrapp bezieht auf den Finanzausschussbeschluss vom 03.04.2008, laut dem die Türelemente der Lärmschutzwand transparent gestaltet werden und weist darauf hin, dass diese Elemente die Schwertransporte, die dort vorbeilaufen, stören könnten. Sie bittet um Prüfung, ob die Elemente schwenkbar gestaltet werden könnten, damit man bei den Transporten ggf. diese einklappen könnte.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erklärt, dass man diesbezüglich mit der Firma Kontakt aufnehmen, ob dies für deren Transporte nötig sei.

Bürgermeister Böhm bittet um Beachtung, dass man auch prüfen müsse, ob der Transport auf der linken Fahrspur verlaufen könnte, nicht dass aufgrund der Transporte die Elemente kostenaufwendig schwenkbar gestaltet werden.

13. Anfrage von Stadträtin Richter
Sachstand Häckselplatz Repperndorf

Stadträtin Richter fragt nach, wann der Antrag zur Einrichtung eines Häckselplatzes in Repperndorf behandelt werde.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass die Einrichtung des Häckselplatzes auch in Zusammenhang mit allen anderen Ortsteilen gesehen und geprüft werden müsse, ob hier ebenfalls ein Bedarf bestehe.

Stadträtin Richter bemängelt, dass der Antrag von Repperndorf vorliege und man deshalb auch darüber beraten und Beschluss fassen sollte. Ihrer Auffassung nach hätten nach der Berichterstattung in der Presse die weiteren Ortsteile bei Bedarf auch einen Antrag stellen können.

14. Anfrage von Stadtrat Müller
Sachstand Buswarthäuschen an der B 8

Stadtrat Müller fragt hinsichtlich der Zuschussangelegenheit zur Erneuerung der Buswarthäuschen an der B 8 nach dem Sachstand.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass man dies abfragen und hierüber informieren werde.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 20.45 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer